

Antrag

der Abgeordneten **Martin Güll, Karin Pranghofer, Maria Noichl**, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget **SPD**

Schulflucht entgegenwirken – Gemeinschaftsschulen zulassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, an Schulstandorten, die aufgrund von Abwanderungen von Schülerinnen und Schülern in andere Bundesländer in ihrem Bestand gefährdet sind, durch die Zulassung von Gemeinschaftsschulen dieser Abwanderung entgegenzuwirken.

Begründung:

An den Grenzen Bayerns zu Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen kommt es an manchen Schulstandorten zu existenzbedrohenden Situationen, weil die Eltern ihre Kinder nach der vierten Klasse in die weiterführenden Schulen der benachbarten Bundesländer schicken. Das hat unterschiedliche Gründe, die alle eines gemeinsam haben: das vorhandene bayerische Angebot der Mittelschulen wird nicht akzeptiert. Wenn in diesen Regionen das Modell der Gemeinschaftsschule, wie im Gesetzentwurf der SPD-Fraktion mit der Drs. Nr 16/5764, zugelassen würde, bräuchten die Eltern nicht die Schulflucht aus Bayern antreten.